

Die „Vorwärts“ enthält wöchentlich zwei Nummern, Donnerstags und Montags von 10 bis 12 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für Groß-Berlin 20,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postzuschlags und der Reichspost 16,50 M., für den übrigen Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Zuschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Bestellungen, Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 8-9.

Die achtseitige Monatshefte über den Raum kosten 1,- M. einschließlich Leverage-Zuschlag. Klein-Kosten: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leverage-Zuschlag. Verschiedene Ausgaben laut Tarif. Familien-Kosten und Bestell-Befehle 1,50 M., netto pro Heft. Bestell-Befehle in Wort-Druck: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2042, 4518 4603, 4625, 4648, 4622.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Weg zur Macht!

Funktionär-Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Es ist anders gekommen, wie so mancher Zweifler fürchtete. Die gestrige Funktionärversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, gestaltete sich zu einem machtvollen Bekenntnis zur Organisation und den Zielen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der große Saal der Germaniafesthalle, bis zum letzten Platz, auch die Tribünen, gefüllt, sah und hörte zum ersten Male wieder nach langer Zeit großzügige politische Darlegungen, die aus der tiefsten Erkenntnis der theoretischen und praktischen Kampfziele des Proletariats geschöpft zu den höchsten Zielen des Sozialismus und der Menschheit überhaupt vordrangen. Alles das, was seit langem durch den Haber in der Arbeiterbewegung verschüttet war, die Quellen sozialistischer Erkenntnis und revolutionärer Willens, sie wurden wieder durch das vom Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus erfüllte Referat des Genossen Hilferding ans Licht gebracht und die peinliche Aufmerksamkeit und der brausende, jubelnde Beifall der Genossinnen und Genossen bewies, wie hier einem tiefen Verlangen endlich Genüge geleistet wurde.

Die Rede des Genossen Hilferding führte uns zurück in die Vorkriegszeit und charakterisierte die reformistische Tendenz, die damals, hervorgerufen durch die kapitalistische Blütezeit, die Arbeiterbewegung erfüllte. Sie führte uns weiter zum Kriege, zeigte uns die Wandlungen, die das Proletariat von der anfänglichen entschlossenen Teilnahme am nationalen Krieg und seinen Zielen bis zur schärfsten Kriegsgegnererschaft und bewußten Revolutionswillen durchmachte. Und sie führte uns dann mitten in die Revolution hinein, dachte schonungslos alle begangenen Fehler auf und zeigte den Weg, der zu gehen ist, wenn das Proletariat zum Siege gelangen soll. Diese Rede gestaltete sich weiterhin zu einer wahrhaft glänzenden, von größten Gesichtspunkten ausgehenden Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus. Sie klang aus in einem vom tiefsten sittlichen Ernst getragenen hinreichenden Bekenntnis zu den weltumspannenden Idealen des Sozialismus, der in seinem letzten Wesensfern reinste Menschlichkeit, höchste Kultur, schaffende und genießende, für das Proletariat und die Menschheit insgesamt bedeutet.

Wir dürfen mit vollem Rechte erwarten, daß von der gestrigen Versammlung eine neue Etappe des Berliner revolutionären Proletariats ihren Anfang genommen hat. Der Wille zur Revolution, verbunden mit der klaren Einsicht in die Bedingungen des proletarischen Kampfes, sie werden wieder vorherrschend nach der Periode des den Janks um Schlagworte, um dreimal geheiligte Begriffe. Wir haben wieder Raum und Selbstgenügsamkeit zur Betätigung. Wer diese Versammlung miterlebt hat, der hat empfunden, daß hier gebundene Aktivität gelöst wurde. Wir sehen getrost in die Zukunft. Der Anfang ist glück- und siegesverheißend.

Im überfüllten Saale der „Germania“-Festhalle fand gestern die erste Funktionärkonferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. P. D. statt.

Der Vorsitzende begrüßte einleitend, daß auf dem Parteitag in Halle das eingetretene ist, was vorauszu sehen war. Der feste Bau der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland ist gelpregnt. Aus den sich ergebenden Anzeichen ist jedoch zu erleben, daß das, was geplant war, nicht gelungen ist. Für Berlin-Brandenburg kann festgestellt werden, daß die Delegierten auf dem Parteitag in Halle für und gegen die Bedingungen das gleiche Stärkeverhältnis hatten. Die nach dem Parteitag in Berlin-Brandenburg vorgenommene Sitzung unter den Mitgliedern hat ergeben, daß die überwiegende Mehrheit der Berliner Parteigenossen bei der Forderung unserer Partei bleibt. (Lebhafter Beifall.) Feststellen möchte ich noch, daß wir den größeren Wert darauf legen, den Geist und die Seele der Ritzgieder gewonnen zu haben. Der Geist, der schon im Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zum Ausdruck kommt, wird die Partei stark machen. In diesem Geiste werden wir siegen. (Starker Beifall.)

Genosse Hilferding:

Genosse Hilferding gab am Anfang seiner Ausführungen seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gesundungsprozess die schwerere Fortschritte machte, als man es in Halle gedacht hatten. Die Tage von Halle sind Tage des Erfolges gewesen. Wir stehen viel fester da, als es die Abstimmung gezeigt hatte. In dem Ringen der deutschen Arbeiterklasse wird auch weiterhin die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Bannerträgerin sein.

Hilferding charakterisierte nun weiter an einem historischen Rückblick die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, die Kämpfe zwischen Revisionisten und Marxisten, in denen zwar Marx Sieger blieb, aber die Politik der Partei trotzdem lediglich in abstrakten Bahnen sich bewegte. Wir Radikalen haben immer und immer wieder versucht, die Massen aktiver zu machen, aber es gelang nicht, in die deutsche Arbeiterklasse eine revolutionäre Politik hineinzutragen. Aus dieser Erfahrung ermunnt für uns das Erkenntnis, daß die politische Ideologie nicht das Entscheidende ist, sondern die ökonomische Entwicklung. Die industrielle

Prosperität der 90er Jahre stärkte die reformistischen Tendenzen der Arbeiterklasse, die sich in der Illusion befanden, daß es im Kapitalismus möglich sei, materiell und geistig höher aufzusteigen, trotzdem wir ihnen sagten, welche enge Grenzen der Reformarbeit im kapitalistischen Staat gezogen sind. Aber trotzdem blieben die Arbeiter Reformisten.

Diese ganze Entwicklung ist abgeschlossen worden durch den Krieg. Zwei Phasen zeigen diese Veränderung. In der ersten Phase des Krieges wurde dieser Reformismus noch gestärkt in Deutschland sowohl als auch in England, Frankreich und überall. Aber schon in diesem Stadium kam die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer Stärke, denn ohne sie konnte der Krieg nicht geführt werden. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr änderte sich die Psychologie der Arbeiterklasse. In dieser zweiten Phase beginnt der revolutionäre Wandlungsprozess in steigendem Maße in allen Ländern. Dann kam der Zusammenbruch. Er stellte die Arbeiter vor eine Aufgabe, der sie in allen ihren Teilen noch nicht gewachsen war. Der größte Teil der Arbeiterklasse wußte nicht, wie die Macht zu gebrauchen sei. Die meisten fanden im rechtssozialistischen, reformistischen Lager, sie begannen die Politik der Koalition mit dem Bürgertum, der Arbeitsgemeinschaften usw.

Wie kam damals die Partei?

Gerade die U. S. P. hatte damals mit voller Schärfe schon erkannt, daß sie die errungene Macht mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden müsse. Sie war Gegner der Nationalversammlung. Wir haben darauf hingewiesen, daß sofort die Sozialisierung in Angriff genommen werden muß. Wir wollten die Arbeiterarmee. Aber diese Politik scheiterte nicht an irgend einer schonungslosen Haltung unserer Führer, sondern an den Rechtssozialisten, weil hinter ihnen kein Ziel der Arbeiter standen. Nicht der Mangel an Zentralfaktion, oder an Einheit in die Notwendigkeit, sondern der reformistische Geist in der Arbeiterbewegung hat uns um die Früchte der Revolution gebracht.

Erst nachdem letzte der Revolutionierungsprozess der Arbeiterbewegung ein, und hier hatte die U. S. P. die unbestrittene Führung, und zwar deshalb, weil wir vor den Kommunisten die Einheit in die ökonomischen Notwendigkeiten voraus hatten. Wir haben das

Verhältnis zur Demokratie und Diktatur

ganz klar gestellt und darauf hingewiesen, daß die Demokratie verfallt ist durch die ökonomische Uebermacht des Kapitals. Wir haben gesagt, unser Ziel ist die sozialistische Demokratie, die aber erst erreicht werden kann durch die Diktatur des Proletariats. Wir haben die Probleme der Revolution in aller Klarheit beantwortet. Das hat aber nicht ausgereicht für die Kommunisten und einen Teil der Arbeiterklasse, der durch die ökonomischen Schwierigkeiten rasch radikalisiert wurde. Diese Stimmung haben die Kommunisten ausgenutzt, um in unsere Partei den Spaltungskeim zu tragen.

Die Kommunisten setzten die Bedingungen der deutschen mit der russischen Revolution völlig gleich und übersahen die großen Verschiedenheiten. Hilferding schildert kurz die Entwicklung in Rußland und den Charakter der russischen Revolution, die getragen ist von der Bauernschaft, die revolutionär ist und bleibt, solange ihr Eigentum bedroht wird von Junkern und Reaktionsären. Der wesentlichste Unterschied in der revolutionären Entwicklung Rußlands und Deutschlands ist die Friedenspolitik. In Rußland nach der Februarrevolution ein Weiterstreben des Krieges, der mit der Riederlage endete, und den völligen Zusammenbruch der Armee, der Schrei nach dem Frieden. Das rief die zweite Revolution hervor und brachte die Bolschewiki zur Macht. In Deutschland bereits Waffenstillstand beim Ausbruch der Revolution, daher völliges Intaktbleiben des Heeres und Ausbleiben einer der wesentlichsten Antriebe der russischen Revolution. Die Bolschewiki trugen also nicht durch ihren Ueberzentrismus, sondern durch den Zusammenbruch.

Die Bestimmung der Taktik kann gar nicht erfolgen von oben herab, sondern sie ergibt sich aus der lebendigen Aktion der Masse, die selbst auf den Kampfplatz tritt. Sie kann sich aber nur dann ergeben, wenn die Massen selbst zu bestimmen haben. (Sehr richtig!) Gerade Rosa Luxemburg zeigte uns an der ersten russischen Revolution, daß das bolschewistische Zentralkomitee, das im Ausland lag, den Dingen ahnungslos gegenüberstand, daß die Bewegung ganz aus sich selbst entstand, und dem Zentralkomitee der Bolschewiki und der Menschheit nichts übrig blieb, als sie in geordnete Bahnen zu bringen. Die Bauernbewegung, der Zusammenbruch der Armee waren ganz spontane Bewegungen. Also die organisatorische Frage hat nicht im entferntesten die Bedeutung, die ihr heute beigelegt wird. Es handelte sich in den Bedingungen, die man uns präsentierte, um ein Kampfergebnis, um die U. S. P. vor eine Frage zu stellen, die sie nicht erfüllen konnte, um die Spaltung herbeizuführen, die bewußt von den Moskauer Diktatoren gewollt worden ist. (Bravo!)

Die Psychologie der Bolschewiki ist nach und nach eine reine Machtpolitik geworden. Das zeigt sich in einer steigenden opportunistischen Machtpolitik. Zum Beweis führt Hilferding besonders die russische Agrarpolitik und die Diktatur an. Gerade die Diktatur der Bolschewiki, wie sie auf dem Kongress in Wata formuliert wurde, zeigt, wie die Bolschewiki aus reiner Machtpolitik sich mit den mächtigen nationalistischen Strömungen des Ostens verbunden und die proletarischen Bestrebungen dieser Länder völlig außer Acht lassen.

Und nun die Frage des Terrors: Auf mich hat es keinen erschütternden Eindruck gemacht, als Sinowjew so mit ein paar leichteren Sätzen, mit einer Handbewegung fast, über diese

Sache wegglikt, als ob es sich um gar nichts Besonderes handle. Und als dann Martoff auf die Rednerbühne trat und wir da erfuhren, daß der Terror nicht gegen die ehemaligen zaristischen Agenten, nicht gegen die Konterrevolutionäre allein, sondern gegen die sozialistischen Vorkämpfer des Proletariats, die durchaus auf revolutionärem Boden stehen, angewandt wird,

was es sich um das Verhältnis von Sozialisten zu Sozialisten handelt, da ist der Terror eine sittliche Frage.

(Beifall.) Wir wollen nicht, daß das Proletariat von einem anderen Teil des Proletariats gemordet wird. (Lebhafter Beifall.) In der Rätefrage ist uns Sinowjew die Antwort schuldig geblieben, weil er hätte sagen müssen, daß es in Rußland weder politische noch wirtschaftliche Räte gibt. Bei allen entscheidenden Fragen können wir feststellen, daß alles entschieden wird von einem ganz kleinem Kreis, ohne Befragen der Räte, ohne sich zu kümmern um die Meinung der Arbeiterklasse. All das, die 21 Bedingungen und die Thesen, sie sind es ja nicht, um was es sich bei diesen Machtpolitikern handelt. Es hat sich für sie darum gehandelt, die ganze westeuropäische Bewegung als ein Instrument ihrer Machtpolitik zu gebrauchen, ebenso wie sie die Ostländer als Instrumente der Machtpolitik gebrauchen.

Die Sache war so schön gedacht von den Arrangeuren. Vor und während seiner Rede strahlte Sinowjew von Zufriedenheit. Und nachher wurde er immer nachdenklicher und er antwortete nicht, trotzdem ich ihn ausdrücklich zur Antwort herausgefordert hatte. Er hat nicht mehr geantwortet und konnte in dieser Situation nicht mehr antworten, weil er das Gefühl gehabt hat, er ist zum ersten Male auf einen Widerstand gestoßen, der geboren ist aus einem anderen Geist und aus einer anderen Sittlichkeit. (Bravo.) Das war der Entschluß, daß wir eine Methode nicht mehr befolgen können, die den Zusammenbruch der ganzen westeuropäischen Arbeiterbewegung bedeuten würde.

Von Halle datiert die erste große Niederlage der Moskauer Methode.

Wir wollen Schluß machen mit allen diesen Methoden. Und es wird auch Schluß sein damit und sie werden nicht mehr erneuert werden können. Kurz vor seiner Abreise trat Sinowjew noch an einige unserer Freunde heran: Wollen wir denn nicht noch mal verhandeln, vielleicht geben wir dann noch etwas nach. (Lebhafter Beifall.) Für was hält denn der Sinowjew die Vertrauensmänner des deutschen Proletariats? Daselbe Wandern hat er mit Longuet gemacht. Er hat ihm gesagt: Wir sind Euch sehr dankbar für Eure Hilfe, wir sind bereit, Euch einen Brief zu schreiben, in dem wir erklären, den Ausschluß Longuets zurückzunehmen. Aber Longuet hat ihnen erwidert: es gibt keine Frage der Personen, es gibt nur eine Frage der sozialistischen Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Und Halle hat uns die Gewißheit gegeben, daß wir auch international nicht mehr stillstehen werden. Die Schweizer Partei hat bereits einen Entschluß gefaßt, eine Konferenz einzuberufen, auf der alle Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind und sich der dritten Internationale anschließen wollen, vertreten sind. Dort soll keine neue Internationale gegründet werden, sondern dort soll endlich einmal mit den Russen gesprochen werden von Macht zu Macht (Beifall), die Macht der westeuropäischen Arbeiterbewegung soll in die Bolschewiki geworfen werden. Den schärfsten Dienst haben die Bolschewiki der russischen Arbeiterbewegung geleistet, indem sie die westeuropäischen Parteien spalteten, die allein ihnen helfen können. Wir dürfen nicht das Objekt einer Sozialpolitik werden. Es geht den Russen nicht schnell genug; das ist begreiflich. Und was wir zur Erhaltung und Bewahrung der russischen Revolution tun können, müssen wir tun gleich im Interesse unserer eigenen Bewegung. Aber wir müssen eine Babanque-Politik ablehnen, die uns in einen Krieg mit der Entente hineintreibt.

Deshalb hat unser Parteitag eine außerordentliche Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung. Wir haben diesen Erfolg bezahlt mit einem hohen Tribut. Aber dieser Tribut wird einmal zurückgezahlt werden. Wir mühten diesen Tribut aufbringen, um endlich Klarheit zu bekommen. Und so ist der Parteitag ein außerordentlicher Fortschritt.

Unsere Politik wird eine Politik der Aktion sein.

Genosse Hilferding greift noch einmal zurück auf die rechtssozialistische Politik in der Revolution und sagt: Es ist eines der schändlichsten Kapitel der Geschichte einer Partei, die sich sozialistisch nennt, daß sie den Streit mit den Bruderpartei, die sich sozialistisch nennt, mit jener brutalen Gewalt und mit der Hilfe der Konterrevolutionären Kräfte, wie es der Koste getan hat. Infolge dieser Politik ist das Bürgerium heute geschoffener, härter und bewaffneter als je. Und deshalb brauchen wir auch eine proletarische Einheitsfront. Sie wird nur geschaffen in der proletarischen Aktion, die einseitig dem Massenbewußtsein des Proletariats, von der alle einsehen, ja, sehr erfordert die Situation diese Aktion. Das ist wirklich proletarische Politik. Und diese Politik ist Aufgabe der U. S. P. D. Diese Aktionen können nur solche sein, die einerseits eine wirkliche Radikalisierung des Proletariats bringen, bei denen aber andererseits immer im Vordergrund steht: der Kampf um den Sozialismus. Es handelt sich nicht mehr um eine Infanzforderung, sondern der Sozialismus ist eine der wichtigsten, Geneseraktoren geworden. Die Forderung der Sozialisierung erwacht heute auch notwendig aus der politischen und ökonomischen Situation. Hilferding beweis das in einem Rückblick auf die finanzielle Lage des Staates, er erwähnt besonders die unehrliche Schuldenlast des Reichs, das Defizit in den Staatsbetrieben, das man künstlich hochge-

Gelehrig wie die Pudelhunde

Verkappter Syndikalismus

Die alten und die neuen Kommunisten hatten zum Sonntag zwei Protestversammlungen einberufen, die gegen die Ausweisung Sinowjews und Lojowskys Stellung nahmen.

Die Versammlung in der „Neuen Welt“ leitete Richard Müller. Als erster Redner wandte sich Däumig sehr scharf gegen die Haltung der Regierung, die glücklich dort angelangt ist, wo die Regierung Bülow stand.

Schuld an der Ausweisung seien auch die „sogenannten“ Sozialisten, woraus sich notwendigerweise ergeben müsse, daß sich U. S. P. D. und S. P. D. jetzt zusammenschließen, eine kümmerliche Logik und eine demagogische Behauptung, jedoch zu plump, um wirksam zu sein. Wir aber, d. h. die Neukommunisten, werden durch Schaffung einer starken kommunistischen Partei und durch unsere kommunistischen Reinzellen in den Gewerkschaften die Massen nach links abdrängen. Die Herrschaft der Bourgeoisie wäre schon längst zu Ende, wenn sie nicht die Gewerkschaften als Schild benutzt hätten und wenn nicht die Gewerkschaftsführer durch raffinierte Diplomatie die Massen niedergebunden hätten. Die jetzt entscheidende kommunistische Partei wird mit aller Macht den Kampf gegen die Gewerkschaften aufnehmen. Wir dürfen uns deshalb nicht von den gewerkschaftlichen Organisationen fernhalten, sondern müssen sie mit unseren Leuten durchziehen. Gelingt es uns, in den deutschen Gewerkschaften die Macht zu erringen, dann werden wir auch die selbe Amtsdauer internationale Sprengung. Dank unserer russischen Führer haben wir erkannt, daß die Organisation mit kommunistischen Zellen durchgesetzt werden müssen, wenn wir die Revolution vorwärtstreiben wollen. Wir wollen aus den revolutionären Elementen der U. S. P., R. P. D. und K. P. D. eine Elitekampftroop schaffen, mit der wir den Endkampf Regreich durchführen.

Nachdem noch der Kommunist Walcher gesprochen hatte, schloß Müller die Versammlung mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale.

Den Endkampf — gegen die Geschlossenheit der Gewerkschaften mit Hilfe kommunistischer Stoßtrupps. Wir müssen die Vorbereitungen dieser Leute auf das genaueste verfolgen und ihrem Treiben rechtzeitig entgegenzutreten. Nur darum interessiert uns die Versammlung. Natürlich braucht und darf uns das nicht zu veranlassen, unsere eigene kritische Stellung zu gewissen tatsächlichen Methoden aufzugeben.

Däumig bringt bei dieser Gelegenheit seine prinzipiell antigewerkschaftliche Gesinnung zum Ausdruck, die schon oftmals unter einem dünnen Firnis von gebrechlichen Reden hervortrat. So seinerzeit in seiner auf Veranlassung seiner Freunde nach dem großen Lohnkampf der Metallarbeiter im November 1919 von den Betriebsräten angenommenen offenen syndikalistischen Resolution, die er lange Zeit verteidigt hat, bis eine Änderung dieses Ausdrucks der ehrlichen Ueberzeugung der Münchener Parteimitglieder wurde. Was man auch jetzt, nachdem man mit pudelhafter Gelehrigkeit „dank den russischen Führern“ erkannt hat, was sich machen läßt, so tun, als wolle diese Richtung nur „die Massen nach links drängen“, so steht doch gerade bei Däumig hinter allem nur konfuse und unverständliche Syndikalismus und geschwätztes Antiparliamentarismus. Die Arbeiterschaft aber soll wissen, was sie von ihnen zu halten hat. Im übrigen war es mit der Versammlung waren schlecht besucht.

Der Aufbau beginnt

Unser Parteileben war in den letzten Monaten immer mehr verflacht. In den Mitgliederversammlungen und Jahlabenden wurden keine fruchtbringenden Diskussionen mehr gepflogen, sondern die ganze Zeit wurde ausgefüllt durch die Streitigkeiten, die die Wortradikale immer wieder heraufbeschworen, um das von Moskau befohlene Spaltungswort erfolgreich durchzusetzen. Durch diesen ewigen von den Aposteln der Betriebsräte zugehörten genährten Krampf, fühlte sich ein großer Teil der Mitglieder abgestoßen und bejahte die Zusammenkünfte überhaupt nicht mehr. Es waren dies nicht die schlechtesten Genossen, sondern jene, die im Sozialismus eine geistige Erneuerung erlitten, die sich in den Versammlungen Anregung und Belehrung holen wollten, und die deshalb die Lust an jeder Arbeit verloren, weil sie statt Anregung und Belehrung Zank und Streit aufgetischt bekamen.

Dieser schlimme Zustand hat sich seit der Partispaltung mit einem Schläge geändert. Die Extrazahlende am letzten Sonnabend boten ein gutes Beispiel dafür. Sie waren nicht nur besser besucht als die Jahlabende vor der Spaltung, sondern es waren auch allerorts die Genossen vertreten, die seit Jahr und Tag für die Partei etwas geleistet hatten und die bei jeder Gelegenheit durch die Tat zeigten, daß sie wirkliche Sozialisten sind. In den Jahlabenden kam überall zum Ausdruck, daß die Spaltung zwar schmerzhaft für die gesamte Arbeiterbewegung sei. Aber sie sei notwendig, um endlich zur Klarheit, zur positiven Arbeit und damit zur Gesundung der Partei zu kommen. Die Genossen gehen jetzt mit doppeltem Eifer an die Arbeit. In allen Distrikten ist festzustellen, daß viele, die für die Rostauer Bedingungen gestimmt hatten, entschlossen sind, bei der U. S. P. D. zu bleiben. Wir haben auf unserer Seite die Wahrheit und die Klarheit. Diese beiden mächtigen Faktoren werden sich schärfen durchsetzen, als die Neukommunisten heute glauben. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß die Mehrheit der Berliner Genossen unabweislich auf dem Boden der U. S. P. D. steht. Nicht lange mehr und wir werden auch eine gute geschlossene und schlagkräftige Organisation aufgebaut haben. Die Spaltung war notwendig im Interesse der Reinigung. Die Reinigung wird unsere Partei zur Gesundheit bringen. Die ersten Zusammenkünfte am Sonnabend gaben einen guten Aufblick, daß Arbeit wird bald noch bessere Erfolge bringen.

Aus dem Sumpf der Stinnes-Presse

Der jetzige Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Herr Rudolf Cuno schreibt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Sinowjew und Löwenstein“ u. a. folgendes:

„Ob sich Herr Löwenstein zum Eichhornschen oder zum Ledebourschen Flügel der Unabhängigen bekennt, das wissen wir im Augenblick nicht genau, aber das wissen wir, daß er genau so wie sie ein Gewaltmensch ist, ein Terrorist der schlimmsten Sorte, schlimmer vielleicht noch wie die russischen Terroristen; denn fastherzig und eifernstirnig vergewaltigt er seine Mitbürger am Zaristen und Feinsten, das sie besitzen, an ihrer Seele und an der Seele ihrer Kinder.“

Herr Cuno hat ehemals Anspruch darauf gemacht, als Demokrat angesehen zu werden. Das hat ihn allerdings nicht gehindert, die Tatsache ruhig hinzunehmen, daß die Kinder des arbeitenden Volkes, der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in der Volksschule „fastherzig und eifernstirnig vergewaltigt“ worden sind. Nun aber, wo der Pfaffen- und Feindwedegeist aus der Schule entfernt und das Schulwesen entsprechend den Wünschen

der arbeitenden Bevölkerung auf sozialistischer Grundlage umgestaltet werden soll, — nun schreibt der „Demokrat“ Cuno, gemeinsam mit den Hakenkreuz-Mitgliedern der deutschnationalen Volkspartei, über den „Terroristen“ Löwenstein!

Herr Sinnes kann mit seinem neuen Chefredakteur zufrieden sein.

Der präsentierte Wechsel

Der Vorsitzende der R. P. D., Reichstagsabgeordneter Levi, erklärte, laut der „Vollst.“, auf der württembergischen Landeskonferenz seiner Partei, die politische Krise sei „nicht mehr so scharf“ wie vor einigen Monaten. Er forderte die sofortige Verschmelzung der linken U. S. P. D. mit der R. P. D. unter dem Vorsitz eines Vertrauensmannes des Rostauer Exekutivkomitees. Der Name der vereinigten Parteien müsse sein: „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale)“.

Auch diese Meldung bestätigt, daß die Kommunisten den von den Beschwörern in Halle ausgesprochenen Wechsel schleunigst reaktieren wollen und keine Lust haben, die unklare zweideutige Stellung der Neukommunisten zu fördern, die nun aus Angst vor der eigenen Rutage oder aus tatsächlichen Rücksichten zwischen zwei Stühlen sitzen bleiben wollen.

Polens Forderungen

III. Genf, 2. Oktober.

Der Einspruch der polnischen Regierung gegen die vom Völkerbund ausgearbeitete Konvention über die Verwaltung der freien Stadt Danzig macht in der Hauptsache vier Forderungen geltend: 1. Beanprucht die polnische Regierung die gesamte Kontrolle über den Verkehr auf dem Danziger Gebiete zu Wasser und zu Lande. Sie lehnt also die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission unter dem Vorsitz eines Schweizer über einen Teil des Danziger Verkehrs ab. 2. Verlangt Polen, daß alle Danziger Fahrzeuge unter polnischer Flagge fahren. 3. Fordert es, daß die Zölle nicht in deutscher Markwährung erhoben werden. 4. Schlägt Polen vor, auch noch die Frage der militärischen Verteidigung des Hafens von Danzig zu regeln, die der Verfasser des Vertrags nicht erwähnt hat. Da man sich in Warschau sehr bemüht hat, die letzte Forderung auf den Widerspruch Englands stützen zu lassen, die Vermutung nahe, daß Polen diese Frage nur aufgeworfen hat, um eine Kompensation in der Richtung Wilna—Kemel oder Wilna—Riga zu erhalten.

Die französische Militärdienstzeit

Immer noch Militarismus

III. Paris, 2. Oktober.

Präsident Millerand hat den Obersten Rat für nationale Verteidigung für Mittwoch zu einer Sitzung zusammenberufen. Er soll die Frage der Herabsetzung der Dienstzeit prüfen und entscheiden, ob die Dienstzeit in Zukunft 18 oder 24 Monate dauern soll. Kriegsminister André Lefèvre tritt mit Lebhaftigkeit für die zweijährige Dienstzeit ein, die meisten Minister jedoch glauben, daß der Krieg den Beweis geliefert habe, daß eine geringere Dienstzeit genügen werde.

Aus der Partei

Ein mißglückter „Reinigungs“versuch

Aus Halle wird uns geschrieben:

Der Parteileitung der „Mansfelder Volkzeitung“ und Vorstands der Partei der Neukommunisten in Mansfelder Kreise Joseph Schneider, stellte vor einigen Tagen an den Anführer der Mansfelder Bau- und Betriebsgenossenschaft in Eisen den Antrag, den in der Genossenschaft beschäftigten Genossen Otto Peters zu entlassen, weil dieser die Rostauer Aufnahmebedingungen grundsätzlich ablehne. Genosse Peters, der im Vorjahr die Geschäfte des Bezirks-Bergarbeiterrates in Halle führte und infolge Eintritts einer Gefängnisstrafe wegen politischen Vergehens diesen Posten niederlegen mußte, ist in der Mansfelder Bau- und Betriebsgenossenschaft als Lohnbuchhalter tätig, nimmt also keine leitende Stellung darin ein. Aus dem Antrag Schneider ist zu ersehen, daß nach Ansicht verfeindeter Neukommunisten die „Säuberung“ und „Reinigung“ noch viel weiter durchgeführt werden soll, als selbst die radikalsten Rostauer Diktatoren verlangen.

Der Ausschussrat der Genossenschaft, obgleich in seiner Mehrheit aus Bewährten der Rostauer Bedingungen bestehend, zeigte indes keine Neigung, der Wahnsinnspolitik Schneiders zu folgen, sondern lehnte in seiner letzten Sitzung den Antrag Schneider rundherum und einstimmig ab.

Joseph Schneider ist überhaupt — milde ausgedrückt — ein recht eigenartiger Führer. Er ist der Urheber der Meldung, nach der die Mansfelder Bergarbeiter den Parteitag in Halle sprengen wollten. Diese Tatsache wird auch nicht durch die während des Parteitages in der Freiheit veröffentlichte „Erklärung“ aus der Welt geschafft. Ferner ist hier zu werden, daß es keinem Mansfelder Bergarbeiter eingefallen ist, einen derartigen Anspruch zu tun oder etwas dergleichen auszuführen zu wollen. Der Mansfelder Bergarbeiterschred war lediglich eine Wache Schneiders, bloß daß er hinterher nicht den Mut hatte, sich dazu zu bekennen.

Schiffbruch der Neukommunisten

Wie uns aus Eisenach berichtet wird, haben dort die Neukommunisten, die mit stolzer Steigergebärde auf die herniederblickten, die an der bisherigen Politik der U. S. P. festhalten wollen, Schiffbruch erlitten. Sie waren ihres Sieges in Eisenach so gewiß, daß sie nach Schluß einer am 26. Oktober stattgefundenen und von etwa 300 Mitgliedern besuchten Parteiverammlung auflosetzten, im Lokale zu bleiben, um unter kommunistischer Flagge weiterzuziehen. Aber sie mußten erleben, daß nur etwa 20 Personen ihrer Aufforderung nachkamen, während die übrigen Parteimitglieder das Lokal verließen. Das Eisenacher Parteibüro ist seit in letzter Hand.

Die Spaltung in Kiel

In Kiel machten die Neukommunisten den Versuch, sich mit Gewalt in den Besitz des Kieler Parteigebäudes zu setzen, in dem sich außer dem Zeitungsbetrieb auch die Parteibüros befinden. Der Anführer der Neukommunisten in der Provinz Schleswig-Holstein und Kiel ist der kürzlich abgewählte Parteisekretär des Ostsee-Reins Kiel, Dr. Schwarz. Der Mann ist noch nicht einmal zwei Jahre in der Arbeiterbewegung politisch organisiert und kaum einige Monate bei der U. S. P., rechnet aber in allen Versammlungen mit den „Opportunisten“ à la Hilsenberg, Crispian usw. ab und hat überhaupt den „russischen Marxismus“ und die revolutionäre Energie in Erbpacht genommen. Dieser Mann putzte einige Duzend Arbeitslose und streikende Arbeiter, darunter auch echte Kommunisten auf und drang mit ihnen am letzten Montag in das Parteigebäude ein. Eine „Deputation“ erklärte, Verhandlungen lühten zu wollen. Unser Ostseeposthelfer, die Sekretäre und Redakteure, nahmen die Forderungen der Eindringlinge entgegen, die erklärten, im Namen des „rechtmäßigen“ Zentralkomitees der „rechtmäßigen“ U. S. P. zu handeln. Das Parteibüro wollten sie gleich verlassen, ebenso die Redaktion. Sogar ein neukommunistischer Inszenator aequiliter stand schon bereit, daß unsere Genossen die beschiedenen Forderungen

der Neukommunisten ablehnten, in selbstverständlicher. Nun wird über die „Republik“ eine am 31. Oktober stattfindende Generalkonferenz der Genossenschaft entscheiden, es besteht aber durchaus begründete Hoffnung, daß die Zeitung der U. S. P. verbleibt.

Ein neues Parteiblatt in Gotha

Da das Gothaer „Vollst.“ schon seit Monaten jede andere Meinung als die der Kommunisten unterdrückt, haben sich unsere Gothaer Genossen nach der Spaltung der Partei entschlossen, ein eigenes Blatt zu gründen. Vom 1. November ab wird der Gothaer „Vollst.“ erscheinen. Dann wird sich ja bald herausstellen, welche Richtung in Gotha bei dem ungehinderten Austausch der Meinungen den größten Abgang in der Arbeiterschaft finden wird.

Groß-Berlin

Das soziale Mietseinstigungsamt

Das Mietseinstigungsamt entscheidet nach billigem Ermessen, in wie weit in der Mietseinstigungsordnung zu lesen, und nach sozialen Gesichtspunkten wird immer wieder veräußert. Entscheidend hat man jedoch dabei den Zusatz vergessen: „aber im Sinne des notleidenden Hausagariers.“

Wie ein derartiges Urteil nach billigem Ermessen und sozialen Gesichtspunkten aussehen kann, dafür bietet eine kürzlich vor dem Mietseinstigungsamt 2 in der Potsdamer Straße, unter dem Vorsitz des Regierungsrates Evertsberger stattgefundenen Verhandlung, eine treffende Illustration.

Wird da für einen armen Arbeiter, weil er den September- und Oktober-Mietzins nicht bezahlen kann, die Genehmigung zur fristlosen Kündigung nachgeholt. Zur Begründung führt der Vermieter an, daß der Mieter aus bösem Willen nicht zahle, und auch gar keine Absicht habe, überhaupt zu zahlen, und zu besonderen Charakterisierung des Mieters, wie sich der Vorsitzende auszudrücken beliebt, wird noch hervorgehoben, daß der Mieter Obmann eines sogenannten Mieterrates sei.

Daß aber der Mieter seit Mai d. J. mit einer kurzen Unterbrechung arbeitslos ist, daß er, so lange eben seine paar Ersparnisse reichten, pünktlich gezahlt hat, und daß er, nachdem nun dieses Geld aufgebraucht ist, von keiner Unterstützung für sich und seine Frau kaum das Nötigste zum Leben kaufen, geschweige denn Miete bezahlen kann, daß er dies alles dem Vermieter in einem Briefe mitgeteilt und um Stundung gebeten hat, das berücksichtigt das soziale Mietseinstigungsamt nicht. Der Mieter wird also kurz und bündig verurteilt, die Wohnung zu räumen.

Um die Worte des Vorsitzenden zu gebrauchen: dieser Spruch charakterisiert so recht den Geist, der auf den Mietseinstigungsämtern herrscht. Wo nimmt nun der Mieter eine andere Wohnung her, und wozu bezahlt er den Transport seiner Möbel? Aber das ist ja schließlich Nebensache, die Hauptsache ist und bleibt, daß der arme notleidende Hauswirt nicht zu kurz kommt, und daß man nach billigem Ermessen und sozialen Gesichtspunkten geurteilt hat. Damit aber der Hausagariers ganz sicher zu seinem Gelde kommt, sollen die Mieten an die zuständige Wohnungsinspektion weiter gegeben werden, welche das eine der vorhandenen zwei Zimmer beschlagnahmt und weiter vermietet soll! So geschahen im Jahre 1920!

In die Luxuswohnungen und Bissen des Westens, an die Kiefern- und Oktober-Mietzins traut man sich nicht, aber nur sehr vorsichtig heran, aber einem armen Arbeitlosen, der einmal seinen Mietzins nicht pünktlich bezahlen kann, von zwei Zimmern eines fortnehmen, ja, Bauer, das ist was ganz anderes!

Es ist hier wohl die eine Frage berechtigt: hat der Herr Vorsitzende überhaupt eine Ahnung von der Rot und dem Glend der Volksgenossen, über deren Wohl und Wehe er nach bestem Wissen und Gewissen zu Gericht sitzen soll? Es ist wohl kaum anzunehmen, daß der Herr Rot, Glend und Entbehrungen am eigenen Leibe verspürt hat, denn sonst müßte er anders urteilen. Was nützen uns nun die schönsten Betschwörungen, wenn sie an der Härtenlosigkeit Einzelner scheitern?

Man sieht an diesem Beispiel, welches wohl sicher nicht vereinzelt dastehen mag, wie notwendig die Forderung ist: hinweg mit derartigen Leuten der alten Schule, an denen die neue Zeit spurlos vorüber gegangen ist, aus Stellen, die ihrem Charakter nach Volksgenossen sein sollen, ersetzt sie durch Leute aus dem Volke, die vollständig denken, empfinden und handeln, und das geübte Vertrauen der großen Masse zu unserer Rechtspflege wird allmählich zurückkehren!

Verwaltungsbezirk I (Berlin-Mitte). Stadt- und Bezirksverordnete treten am Dienstag, den 23. d. M., abends 6 Uhr, im Lokal von Hagen, An der Stralauer Brücke 5, zu einer wichtigen Fraktions-sitzung zusammen.

Halleher-Tor-Bezirk. Stadt- und Bezirksverordnete, Dienstag, den 26. Oktober, um 6 Uhr, d r i t t e S i t z u n g bei Schweibach Alte Jakobstraße 24.

Die kommenden Reparaturzuschläge. Am Montag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr findet in Baumhufenweg eine öffentliche Mieter-Versammlung in der Schulaula des Lagenums statt, in der über die bevorstehende Reparaturabgabe und ihre Wirkungen auf die jetzigen Mietzinshöhen ausführlich referiert wird.

Die nächste Zukerausgabe. Die Bearbeitung der Zukerausgaben durch die Fabriken hat sich zum Teil verzögert, so daß es nicht möglich ist, den für die allgemeine Verteilung erforderlichen Zahlungsquadrat aus der neuen Ernte rechtzeitig in ausreichender Menge nach Berlin zu schaffen. Infolgedessen kann auf den für die 1. Hälfte des November gälligen Zukerausgaben-Abschnitt der laufenden Zukerausgabe den ganzen Monat November über Zukerausgaben bezogen werden.

An der Volkshochschule Groß-Berlin beginnen am Montag, den 25. Oktober 1920 folgende Vortragsreihen: Dr. Eggert: Organische Chemie, Bunsenstr. 1, abends 6 1/2 Uhr. — Dr. Jaedel: Geologie und Mineralogie, Invalidenstr. 42, abends 7 Uhr. — Prof. Dr. Deegener: Beobachtung von Ionen mit dem Mikroskop, Invalidenstr. 42, abends 7 Uhr. — Dr. Tilling: Staatspolitische Richtungen I, Invalidenstr. 42, abends 6 1/2 Uhr. — Dr. Joffe: Beethovens Einflüsse, Gieselerstr. 49, abends 8 1/2 Uhr. — Dr. v. Siedebert: Menschentum, Weihenhof, Realgymnasium, Waldpromenade, abends 7 Uhr. — Dr. Behne: Die Kunst unserer Zeit, Postenstr. 44/46, abends 7 Uhr. — Dr. Dietrich: Sozialphilosophie I, Treptow, Neue Krugallee 6, abends 7 Uhr. — Dr. Behrend: Das sittliche Leben, Mittenwalder Str. 34/37, abends 7 Uhr. — G. E. Graf: Politische Geographie, Kuntzlin, Boddinstr. 34/38, abends 7 Uhr. — Dr. Contary: Englische Demokratie, ebenda, abends 7 Uhr. — R. Barkow: Angewandte Wärmelehre, Kuntzlin, Berliner Str. 10, abends 7 Uhr. — L. Kellenberg: Einführung in Musikwerke, ebenda, abends 6 1/2 Uhr. — Dr. Rijs: Der Boden der Helmat, Wilmersdorf, Oberrealschule am Seepark, abends 7 Uhr. Karten an den bekannten Verkaufsstellen und an den Abendkassen.

Von einem Geschäftsauto überfahren und getötet wurde gestern die 12 Jahre alte Schülerin Margarethe Dider aus der Wiener Straße 4. Sie geriet beim Ueberqueren des Fußgängerweges in der Oranienstraße, in der Nähe der Mantuffelstraße, unter die Räder eines Geschäftsautos, das die Verunglückte nach der Hilfswache am Gölthner Bahnhof brachte. Dort konnte der Arzt aber nur ihren infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen.

Aus der Selbstmordchronik. In einem Pensionat in der Anhaltstraße 3 wurde gestern der 28 Jahre alte Diener Leo Rostowski aus der Kameraderstraße 47 tot aufgefunden. Wie ein hingerufener Arzt feststellte, hat er sich mit Zyanid vergiftet. — In der Verlegerstraße 4 wurde der 22 Jahre alte Kaufmann Carl de Coster von seiner Witwin im Bett lebend tot aufgefunden. Er hatte einen langen Schlauch an die geöffnete Gasleitung befestigt und durch diesen das Gas eingeatmet. — Ebenfalls mit Leuchtgas vergiftet hat sich der 54 Jahre alte Klempner August Winaas aus der Reichberger Straße 15. Er

